

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 234.

Dresden, Sonnabend den 9. Oktober 1897.

8. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Dresden, 8. Oktober.

Die bürgerliche Presse über den Ausfall der sächsischen Landtagswahlen.

Daß die Reaktion, welche das Dreiklassenwahlrecht schuf, durch den Ausfall einer einzigen Wahl, die dabei noch nur ein Teil der Wahlkreise umfaßt, zur Umkehr veranlaßt werden wird und gleich in Sach und Sache Ruhe thun wird für ihr ferneres Bestehen, konnte kein vernünftig Denker erwarten. Im Gegenteil, es war vorauszusetzen, daß die ersten greifbaren Erfolge des gegen die Sozialdemokratie geführten Streichs, die Reaktionäre in jubelnde Begeisterung versetzen werden. Und daß reactionäre Erfolge im Sinne der Erlangung von Mandaten mit dem Dreiklassenwahlrecht möglich waren, — wer das bestreiten wollte, gehört ins Irrenhaus. Und als nun noch infolge der unerwarteten gewaltigen Niederlage der Antisemiten, die einer heimlichen Vernichtung dieser Partei gleichkommt, der Erfolg des Kartells in Bezug auf Einbeziehung der Mandate ein durchschlagender war, so hat der Jubel keine Grenzen. Bei dieser Gelegenheit wiederholen wir: Man hüte sich, die Niederlage der Antisemiten auf uns zu übertragen — gewiß, es ist deshalb eine stärkere Uebermacht des Kartells eingetreten, als erwartet wurde, aber gerade die Niederlage der Antisemiten ist ja unser Sieg, weil wir es waren, welche die Antisemiten aus der dritten Klasse und zum Teil sogar aus der zweiten verbannt haben. Die Reaktion ist also in diesem Augenblick förmlich berauscht von ihrem „Sieg“. Und da sie, trotzdem und allem, eine geheime Angst vor der Wahlbeteiligung der Sozialdemokratie hatten, so rufen sie uns jetzt zu: „Seht ihr, was hat euch eure Wahlbeteiligung gebracht?“ Das heißt, die Reaktion habe die Mandate erobert, trotz der Wahlbeteiligung der Sozialdemokratie — daß die Reaktion sich damit brüsst, ist doch der beste Beweis dafür, daß sie mit unserer Wahlbeteiligung als mit einem Hindernis rechnet, und ist infolgedessen eine Anerkennung der Wichtigkeit der von uns eingeschlagenen Taktik. Wir dürfen uns durch den obenbetäubenden Lärm, welchen unsere berauschten Gegner erheben, nicht in dem ruhigen und richtigen Erfassen der Sachlage lassen: dieses Zahlenrauschen wäre sicher noch viel ohrenschmerzlicher, noch viel bedauerlicher gewesen, wenn wir uns an den Wahlen nicht beteiligt hätten. Dann würde es heißen: das Ziel ist erreicht, wir sind die Sozialdemokratie losgeworden. Man würde den „ruhigen“ Verlauf der Wahlagitiation gepriesen haben und über die Sozialdemokratie hohelachen, deren groß verkündete Protestbewegung zu nichts wurde. Daß dies erst zur Nachahmung andernwärts gereizt hätte, liegt auf der Hand. Jetzt ist das einzige, auf das sich das Triumpfgeschrei stützt, der Verlust unserer Mandate, höchstens noch, daß man uns den lächerlichen Vorwurf macht, wir hätten nicht auf einen Zug sämtliche Wahlmänner der dritten Klasse im ganzen Lande erobert. — unsere Wahlagitiation muß man als sehr bittere Bille stillschweigend verschlucken und davon, daß bereits Ruhe über dem Wahlrechtstempel eingetreten wäre und die Reaktionäre sich in aller Gemütslichkeit im neuen Landtage einrichten könnten, ist mit keinem Wort die Rede. Ja, wenn wir jetzt endlich den Gegnern den Gefallen thun wollten und nach der ersten Probe auf die weitere Beteiligung verzichteten, da hätte der Jubel gar kein Ende! Aber diesen Gefallen thun wir den Gegnern nicht. Die „Ruhe des Kirchhofes“ wird nicht eintreten, und von Wahl zu Wahl wird die Sozialdemokratie ihren Vorkurs gegen das Dreiklassenwahlrecht wiederholen. Die Freude über die Eroberung der Mandate, die jetzt das erste Mal eingetreten ist, nachdem die „Ordnungsparteien“ den Wahl zu Wahl regelmäßig Mandate verloren haben und sich dem Umwege nahe sehen, ist aus begreiflichen Gründen sehr groß, wird sich mit der Zeit legen, und wir wollen sehen, ob den Herren unter unserer Wahlagitiation nicht das Schicksal vererbt!

So viel Einsicht haben die Reaktionäre doch immerhin noch behalten, um ihren „Sieg“ nicht dem Dreiklassenwahlrecht allein, sondern dem Kartell zuzuschreiben. Demgemäß lassen sich auch in den von außerhalb Sachsens kommenden Urteilen zwei Richtungen unterscheiden: Die einen, die Anhänger des preussischen Dreiklassenwahlrechts, benutzen diese Gelegenheit, um dafür Propaganda zu machen. Das sind nur wenige. Viel mehr Bewunderer findet das sächsische Kartell. Das ist ja überhaupt ein Lieblingsgedanke der bürgerlichen Parteien, und die bevorstehenden Reichstagswahlen legen ihn diesen Parteien ganz besonders nahe. Auch die „Königliche Zeitung“ verzicht nicht, bei dieser Gelegenheit den Triumph des Kartells zu feiern — die Güte sollte sich doch gefälligst an die Klammern des Philippus erinnern, die sie erst kürzlich gegen die ostpreussischen Junker schickte, die Situation auf. Das Blatt schreibt: „Wenn die „Königliche Zeitung“ Parteien das Wahlrecht nicht nach ihrem eigenen Interesse zurechtzulegen und dann natürlich auch damit „sieg“, so ist das freilich ein „Erfolg“; aber was für einer!“ Ferner in einer anderen Notiz speziell über das Kartell: „Die außersächsische Kartellpresse verläumt nicht, das sächsische Beispiel zur Nachahmung zu empfehlen. Allein es ist schon so viel über den Zusammenschluß aller Antisemiten Parteien“ umsonst geredet worden, daß auch diesmal wenig Wirkung zu verspüren sein wird. Zur wirklichen Ueberwindung der Sozialdemokratie würde ein solches Kartell selbstverständlich herzlich wenig beitragen. Die sächsischen „Ordnungsparteien“ haben den Sozialdemokraten die Mandate weggenommen; darum giebt es aber in Sachsen keinen einzigen Sozialdemokraten weniger, vielleicht sogar einige mehr. Daß die Gefahr der Sozialdemokratie in der Menge ihrer Mandate liegt, ist ein gefährlicher Aberglaube.“

Inmitten all des Jubels um den „Sieg“ der sächsischen „Ordnungsparteien“ erkennt man in der preussischen reactionären Presse leicht eine schlecht verhehlte Angst, unser Kartelltag könnte beschließen, das Beispiel Sachsens auch in Preußen nachzuahmen. Die „Hamburger Nachrichten“ sind so täuschlich, dem Kartelltag es direkt nahelegen, auf Grund der sächsischen Erfahrungen auf die preussische Wahlbeteiligung zu verzichten. Der Hamburger Kartelltag wird sich selbstverständlich beugen, diesen freundschaftlichen Ratsschlag des Vaters des Sozialengesetzes zu befolgen. Ein sehr auffälliger Wechsel der Stimmung ist bei der „Kreuz-Zeitung“ eingetreten. Nachdem sie wiederholt das sächsische Wahlergebnis sehr laut bejubelt hat, hält sie es plötzlich für notwendig, die Konservativen dagegen zu warnen, als ob sie grundsätzliche Anhänger des Dreiklassenwahlrechts wären! Sie wendet sich gegen die Behauptung, daß diejenigen, die das Wahlergebnis in Sachsen mit Genugthuung begrüßen, zugleich bona fide Bewunderer des Dreiklassenwahlrechts seien.“ Sie meint dann:

Wir wenigstens, die in diesem Fall auch zu den „Zufriedenen“ gehören, haben etwas derartiges nie gesagt, sondern immer nur das eine Moment betont, daß es sich bei der gegenwärtigen Lage um politische und soziale Notwehr handelt, und manche Unvollkommenheit, wie sie das Dreiklassen-System zweifellos bedingt, mit in den Kauf genommen werden müsse, um noch größere Uebelstände zu vermeiden.

Dagegen, daß wenigstens die Auswüchse des Dreiklassenwahlrechts beseitigt werden, haben wir natürlich nicht das mindeste einzuwenden; man soll uns nur nicht immer mit allgemeinen Klagen kommen, sondern auch angeben, wie das zu machen wäre, und namentlich dafür sorgen, daß sich im Landtage die erforderliche Mehrheit findet.“

Man wird nicht sehnsüchtig, wenn man annimmt, daß diese Auslassungen in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen, zum Reichstag wie zum Landtag, gemacht sind. Nach der Verurteilung über den sächsischen „Sieg“ zeigt sich bereits der Klagenjammer. Schon hängt es der Reaktion vor den Füßen dieses „Sieg!“ Daß der Rat der „Kreuz-Zeitung“ soll befolgt werden: Die Sozialdemokratie wird durch ihre Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen dafür sorgen, daß „im Landtage die erforderliche Mehrheit“ sich findet, um „wenigstens die Auswüchse des Dreiklassenwahlrechts“ zu beseitigen. Zum Schluß wollen wir noch das Urteil der „National-Zeitung“ anführen, die man doch sicher einer übermäßigen Liebenswürdigkeit der Sozialdemokratie gegenüber nicht beschuldigen kann:

Der lediglich mechanische, äußerliche „Erfolg“, welcher bei den jüngsten Landtagswahlen im Königreich Sachsen gegen die Sozialdemokratie errungen worden, hat nicht nur dort Kundgebungen einer schwer begreiflichen Befriedigung hervorgerufen, sondern er hat sogar in Preußen manchen Leuten Mut zu Vorwürfen auf das hier bestehende, dem sächsischen ähnliche Dreiklassen-Wahlrecht gemacht. Das erinnert an die Genugthuung, mit der man vor einem halben Jahrhundert in Frankreich unter dem Juli-Königtum auf die Zusammensetzung der Kammer hinwies, welche, auf dem Wahlrecht einer kleinen Minderheit der erwachsenen Franzosen beruhend, die vermeintlich herrlichste Vertretung der Nation ergeben hatte; ein Jahr darauf war die Juli-Monarchie hinweggefegt. Eine Revolution wird bei uns nicht wegen des preussischen und des ihm verwandten sächsischen Wahlsystems entstehen; aber die Befriedigung über die anti-sozialdemokratischen Ergebnisse derselben ist um nichts begründeter, als es die Selbstzufriedenheit des „geheiligen Landes“, d. h. des nach dem Wahlgesetze allein in Betracht kommenden Bruchteils des Landes, der gleichwohl das Land, den Staat bedeuten wollte, vor fünfzig Jahren in Frankreich war.

„Erfolge“ wie diese sind durch Änderungen der Wahlgesetze stets zu erreichen; es fragt sich nur, was sie wert sind.“

Dies die Stellungnahme der bürgerlichen Presse. Wir können, wenn wir sie kritisch beurteilen, mit dem Ergebnis durchaus zufrieden sein. Wenn das Kartell sich jetzt über unsere Wahlagitiation und unser Vordringen in der dritten Wahlklasse damit tröstet, daß es in unbefriedigtem Besitze der Mandate bleibt, — so wollen wir daran erinnern, daß es eine Zeit gab, wo Fürst Bismarck selbst unsere Reichstagsgäste so wenig schätzte, daß er sich „das dritte Dugend“ wünschte; er hat es erhalten, er hat noch mehr erhalten und immer mehr, — und jetzt wehrt er und die Regierung und die Parteien und alle Welt gar keinen anderen Ausweg aus dem Bedrängnis mehr, als mit Gewalt, durch eine Rechtsänderung, durch die Rückkehr zu dem „elendesten aller Wahlsysteme“ diesem fortwährenden Steigen der Sozialdemokratie Einhalt zu thun. So werden wir auch in der dritten Wahlklasse des sächsischen Landtags vordringen — es ist hier noch viel Arbeit zu thun, mehr, als wir erwartet haben — so werden wir vordringen, hartnäckig, unbezwingbar, unaufhaltsam, bis wir den letzten Reactionäre in dem entgegenstehenden Wahlbezirk aus der dritten Klasse herausgedrängt und dadurch den Zusammenhang zwischen dem sächsischen Landtag und dem sächsischen Volk völlig zerissen haben, so daß auch den Zusammenhang zwischen den bürgerlichen Reichstagsparteien Sachsens und dem Volke! Ihr frohlockt und jubelt — der Riese — Wolf, auf dessen Rücken ihr euer zweifelhafte Gebäude der Reichen aufgerichtet habt, sammelt indes seine Kräfte, schon hat er versucht, sich emporzuheben, aber noch sieht ihr nicht den Hund, doch wartet, noch steigen seine Kräfte, denn sie sind unendlich, und die Zeit wird kommen, wo unter seinem mächtigen Druck ein Schüttelein und Rütteln durch euer Haus gehen wird, daß die Wände trocken und die Fenster stürzen und ihr zusammen und durcheinandergeworfen werdet!

Parvus.

Zur Ausführung der Handwerkerorganisation hat der Reichstagsrat an die Bundesregierung ein Rundschreiben gerichtet. Es wird darin empfohlen, mit der Inkraftsetzung des Handwerkergesetzes, soweit der Zeitpunkt, in welchem es ganz oder teilweise in Kraft tritt, durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats bestimmt wird, schrittweise vorzugehen und die Vorschriften über die einzelnen in dem Gesetze behandelten Materien je nach den Fortschreiten der zu ihrer Durchführung erforderlichen Maßregeln nach einander in Kraft treten zu lassen, ohne den Abschluß der gesamten Vorbereitungen abzuwarten.

In einer Sitzung des preussischen Staatsministeriums hat, wie ein Berichterstatter meldet, die Marine-Vorlage des Admirals Tirpitz die Billigung des Staatsministeriums gefunden, und ist bereits, ebenso wie ein Entwurf, betreffend die Entschädigung ungeschuldig Beurteilter, dem Bundesrat zugegangen. Ein anderer Berichterstatter weiß mitzutheilen, daß der Flottenplan des Staatssekretärs Tirpitz in der Sitzung eingehend erläutert worden sei und eine sehr sympathische Aufnahme und die ungeteilte Zustimmung erhalten habe. Auch wird berichtet, daß die Angabe über die Verdoppelung oder Verdreifachung der Brausteuer aus der Luft gegriffen sei.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Wegen den verantwortlichen Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, Alexander Wiesel, war im September ein Untersuchungsverfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. Die Majestätsbeleidigung sollte begangen sein durch einen Leitartikel in Nr. 166 der „Frankfurter Zeitung“ vom 17. Juni d. J., der die Unfähigkeit in der inneren Politik infolge des zu starken Hervortretens der unverantwortlichen Stelle und Herabdrücken des Verantwortlichkeitsbewußtseins der leitenden Staatsmänner geschildert hatte. Das Verfahren ist aber nunmehr, wie das betr. Blatt meldet, eingestellt worden.

Abgelehnt hat das Landgericht in Hamburg den Antrag des Verteidigers in der Beleidigungsklage Leopolds von Belgien, diesen darüber zu vernehmen, ob er die Stellung des Strafanzuges selbst angeordnet habe.

Im bayerischen Abgeordnetenhaus brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten einen Antrag ein auf direkte Abgeordnetwahl und Berechnung der auf die Wahlkreise treffenden Bevölkerungsziffern jeweils nach der letzten Volkszählung.

Geselle Bollmar sprach gestern in einer längeren Rede zu der Randver-Interpellation. Redner erörterte die auffälligen höheren Krankheitsziffern einzelner Regimenter. Das könne kein Zufall sein. Ueberlässige Offiziere hätten allerlei Vorfälle an den Soldaten ausgeübt, damit diese zu ihrem Schaden nicht krank meldesten. Ein Hauptmann habe seiner Kompanie gedroht, wer heute krank wird, bekommt drei Tage Kasernenarrest und muß ihn nach der Entlassung abtun, damit er sich pflegen kann. Bei dem mehr erwähnten Selbstmordversuch sei einmal keine psychische Belastung konstatiert worden. Wer weiß, wie oft eine solche vorkommt, wie viel stilles Vergeben, Militärstrafen u. d. d. darauf zurückzuführen sind. Psychisch Belastete sollte man in der That nicht einstellen. Redner tadelt es, daß die Kriegsverwaltung nicht sofort nach Auftreten der Unfallschäden die Hüter der Verlegungen u. d. d. veröffentlichte. Es sei befremdlich, daß der Kriegsminister erklärte, es seien keine außergewöhnlichen Anstrengungen vorgekommen. Sie waren vorhanden. Am 6. September sei die Kadettabteilung in einem entsetzlichen Zustande der Erziehung und Ernährung durch den Regen gewesen. Ein Offizier mit einem Schrittgeber konstatirte tägliche Marschleistungen von 28 Kilometern, am 4. September von 42 Kilometern, einzelne Abteilungen hätten eine Tagesleistung bis zu 60 Kilometern und waren an den einzelnen Tagen 18—20 Stunden auf dem Marsch. Die Meldereiter, welche den mit 4 Rennern bespannten Wagen des Kaisers zu begleiten hatten, hatten täglich bis zu 150 Kilometern zu reiten. So darf mit der Gesundheit der Söhne des Landes nicht umgegangen werden. Augenblicklich sieht man die körperlichen Nachteile noch nicht, aber sie werden schon kommen. Es gehe nicht an, im Frieden Kriegsanstrengungen zu verlangen. Die großen Manöver hätten auch den entsprechenden Wert nicht. Ein Offizier habe ihm gesagt, die Manöver hätten heuer den Eindruck gemacht, als würde man vorher bestimmte Punkte herumgerannt, es habe sich ein auffällig geringer Respekt vor der Feuerwirkung gezeigt. Die große Kavallerie-Attade sei völlig verfehlt gewesen. Der Kriegsminister habe gestern gesagt, auf eine erschütterte Truppe, die ihre Munition vergebend hätte, könne man noch immer mit Erfolg mit Kavallerie attackirt werden. Ganz recht; aber diese Umstände treffen hier nicht zu. Die Kavallerie wurde mit einem furchtbaren Feuer empfangen. Wenn eine dergleichen Attade im Kriege gemacht würde, wäre sie gleichbedeutend mit einem Führen zur Schächelbank. Es ist bei dem Kavalleriemannöver noch geschossen worden, als Infanterie und Kavallerie völlig aneinander gekommen war. Das ist direkt gegen das Verbot des Reglements, wonach auf 100 Meter mit Schlagpatronen nicht mehr geschossen werden darf. Es hieß, es seien noch auf dem durchwachten, gefährlichen Boden 80 Wunde geflüßt, 9 Mann verlegt worden, das müßten also Wunden gewesen sein, aber denen thue es gerade so weh, wie den Bayern. Was die staatsrechtliche Frage der Uebernahme des Befehls über die bayerischen Truppen durch den Kaiser betrifft, so sei das nicht so gleichgültig. Der Prinzregent soll, wie der Kriegsminister gestern sagte, dem Kaiser das Oberkommando gegeben haben und das Oberkommando könne er geben, wenn er wolle. Aber das ist nicht eine persönliche Sache des Regenten, sondern es handle sich um die Uebernahme eines Reiches des Landes. Bei den raschen Entscheidungen, die man an gewisse hoher Stelle täglich sieht, sei es doch fraglich, ob beim Prinzregenten um die Erlaubnis nachgefragt wurde oder ob der Prinzregent nur stillschweigend gestattete, was er nicht ändern konnte.

Postbote
Der Herr Postbote soll die Briefe rechtzeitig abholen und bei wiederholtem Versagen die Postämter mit Rücksicht auf die Interessen der Abnehmer in Erfahrung ziehen lassen.
Expedition:
Gerbergasse Nr. 1.
Geschäftszeit von morgens 8 Uhr abends 7 1/2 Uhr.
Telephon: Nr. 1, Nr. 1708.
Verlag täglich mit Ausnahme von Sonntagen und Feiertagen.